

(Abg. **Wiener.**)

A) man sich mit diesem Gedanken vollständig vertraut machen wird.

Die preußischen Handwerkskammern haben sich in eingehenden Verhandlungen über diese Frage gleichfalls rückhaltlos auf den Grundsatz des angemessenen Preises gestellt, und es ist damit der Beweis erbracht, daß die berufenen Körperschaften dieses großen Bundesstaates gleichfalls anerkannt haben, daß die Gedanken, die hier in diesem System liegen, durchaus nach jeder Richtung hin die Interessen der dabei beteiligten Faktoren wahren, ich meine, die Interessen der vergebenden Behörden und die Interessen der Bewerber. Es ist ja geradezu zu verwundern, daß jahrzehntelang die staatlichen und kommunalen Arbeiten und Lieferungen nach einem Verfahren vergeben worden sind, wonach die Interessen beider Faktoren nicht in ausreichender Weise gewahrt worden sind. Ich meine, wenn Arbeiten zu Schundpreisen vergeben worden sind, so war von vornherein nicht darauf zu rechnen, daß eine einwandfreie Arbeit geliefert wurde. Ich möchte erneut darauf hinweisen, daß der Preis für eine ganze Reihe von Handwerksarbeiten sehr wesentlich auch von den Arbeitslöhnen beeinflusst wird, und aus diesem Grunde ist es ganz recht, wenn von der linken Seite dieses Hauses, diesmal wohl nicht in derselben Weise wie früher, geltend gemacht worden ist, daß man auch darauf sehen müsse, daß die betreffenden Meister, die betreffenden Unternehmer, die mit staatlichen Arbeiten und Lieferungen betraut werden, ihren Arbeitern ausreichende Löhne zahlen. Nun haben wir ja in vielen Handwerkszweigen Tariffälle und Tarifverträge, und wenn man darauf hinweist, daß dann auch die Arbeiter, die an diesen Staatsarbeiten interessiert sind, zu ausreichenden Löhnen beschäftigt werden, so ist diese Forderung durchaus berechtigt. Wenn aber der Unternehmer ausreichende Löhne zahlen soll, so muß darauf hingewirkt werden, daß er auch stets angemessene Preise für die Arbeit erhält. Nur dann ist er in der Lage, seiner obersten Pflicht als Staatsbürger, für seine Familie zu sorgen, nachzukommen und andererseits auch der Verantwortung zu genügen, seinen Arbeitern ausreichende Löhne zuzubilligen.

Es hat gegen dieses System gewiß nicht an Angriffen gefehlt, aber ich will nicht darauf eingehen. Nachdem die Deputation uns einen Antrag vorgelegt und die Regierung eine zustimmende Erklärung abgegeben hat, glaube ich, daß die weitere Entwicklung auf diesem Wege doch dazu führen wird, daß man künftig einsieht, daß in dem Gedanken außerordentlich viel Segensreiches liegt. Ich will deshalb auf weitere Bemerkungen gern verzichten.

Wenn nun seitens des Herrn Ministers darauf hingewiesen worden ist, daß eine Denkschrift der nächsten

Landtagsession vorzulegen aus praktischen Gründen (C) wahrscheinlich nicht möglich sein wird, so erkenne ich die Schwierigkeit durchaus an und will auch nicht als Dränger auftreten, denn wenn die Untersuchungen einwandfreies Material zutage fördern sollen, so dürfen sie sich nicht gründen auf zwei, drei oder zehn zufällige Gelegenheiten, sondern sie müssen basiert werden auf eine breitere, zuverlässigere Grundlage.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn dann vielleicht erst dem übernächsten Landtage eine derartige Denkschrift vorgelegt werden wird, so wird man aus den gemachten Erfahrungen mit noch viel größerer Treffsicherheit seine weiteren Entschlüsse auf dem Gebiete fassen können, und das ist nur zu begrüßen.

Ich will nur zum Schlusse meiner Ausführungen darauf hinweisen, daß das gesamte sächsische Handwerk und die sächsischen Gewerbetreibenden der endgültigen Regelung dieser Frage mit außerordentlich großem Interesse entgegenblicken, und ich glaube, wenn diesen berechtigten Wünschen entsprochen wird, so ist dabei auch das Interesse des Staates in der besten Weise gewahrt.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Sär**: Der Herr Vizepräsident **Fräßdorf** hat das Wort.

Vizepräsident **Fräßdorf**: Meine Herren! Ich (D) habe mich seit vielen Jahren für Mittelstandsfragen interessiert und möchte daher bei dieser Gelegenheit zu der vorliegenden Frage einige Worte sagen. Daß es eine wichtige Frage ist, die nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter berührt, darüber sind wir uns völlig einig. Auch der angeblich patentierte Vertreter des Mittelstandes, der soeben gesprochen hat, hat diese Übereinstimmung dokumentiert.

Es wird durch das Botum der Deputation eine Denkschrift verlangt; wir werden diesem Verlangen gern zustimmen, um diese Frage, soweit es möglich ist, zur Klärung zu bringen. Damit binden wir uns aber in der Frage selbst in keiner Weise. Daß die Frage schwer zu lösen ist, darüber sind wir uns auch einig; und mein Parteifreund **Jllge** hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß sie deshalb so schwierig ist, weil sie mit der gegenwärtigen kapitalistischen Produktions- und Konkurrenzweise verknüpft ist, und ohne daß diese einer grundsätzlichen Änderung zugeführt wird, kann auch diese Frage nach unserer Anschauung in Ihrem Sinne beim allerbesten Willen von allen Seiten nicht gelöst werden. Einen angemessenen Preis zu gewähren wird verlangt! Wer je in einer Gemeindevertretung oder sonstigen Körperschaft öffentlichen Rechts Ge-